

II-986 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

26.1.1968

483/J

A n f r a g e

der Abgeordneten G u g g e n b e r g e r , S u p p a n ,
D e u t s c h m a n n , K r e m p l und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend einen ERP-Kredit zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen.

-.--.-.-

Dem Vernehmen nach wurde einem Betrieb in Unterkärnten anlässlich der
Gewährung eines ERP-Sonderkredites zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen
die Bedingung auferlegt, in diesem Betrieb 50 bis 60 Arbeitskräfte aus
dem Lavanttaler Bergbauggebiet zu beschäftigen.

Bisher soll es der betreffenden Firma nicht möglich gewesen sein,
die erforderlichen Arbeitskräfte aus dem Kohlenbergbauggebiet zu bekommen,
sodaß sich die Notwendigkeit ergäbe, diese offenen Arbeitsplätze mit
Arbeitskräften zu besetzen, die nicht aus dem Lavanttaler Bergbauggebiet
kommen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler
die

A n f r a g e :

1) Entspricht es den Tatsachen, daß anlässlich der Gewährung des
ERP-Sonderkredites die Auflage erteilt wurde, in diesem neuen Betrieb
Arbeitskräfte aus dem Lavanttaler Kohlenbergbauggebiet zu beschäftigen?

2) Wenn ja - halten Sie es, Herr Bundeskanzler, für eine Verletzung
der erwähnten Bedingung, wenn der Kreditnehmer seit dem Herbst 1967,
dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme des neu errichteten Betriebes, sich ver-
geblich bemüht hat, Arbeitskräfte aus dem Kohlenbergbau zu bekommen und
nun zur Erreichung der vorgesehenen Kapazität andere Arbeitskräfte ein-
stellen mußte?

3) Sehen Sie eine Möglichkeit, darauf Einfluß zu nehmen, daß die
seit Herbst 1967 vorhandenen Arbeitsplätze für Arbeitskräfte aus dem
Kohlenbergbau auch tatsächlich mit freiwerdenden Bergarbeitern besetzt
werden?

-.--.-.-